Volksstimmung in Rußland.

Von Dr. Hans Vorst.

Als ich vor etwa einem halben Jahr den damaligen Stand der russischen Krisis schilderte, sprach ich es aus, daß die Stimmung des russischen Volkes zuverlässig und an Aufruhr nicht zu denken sei. Ich kann mich jetzt nicht mehr mit gleicher Bestimmtheit zu derselben Ansicht bekennen.

Die revolutionäre und anarchistische Propaganda schläft in Rußland nie und private Nachrichten, die Vertrauen verdienen, besagen, daß sie jetzt eifriger am Werke ist, denn je. Dies ist auch keineswegs verwunderlich. Ganz allgemein, auch für die westeuropäischen Staaten gilt es, daß dieser Krieg durch seine lange Dauer, durch den bedingungslosen und unbegrenzten Sieg des staatlichen Prinzips über das individualistische, durch die bisher unerhörten Opfer, die er dem ganzen Volke und jedem einzelnen auferlegt, geeignet ist, als Gegenwirkung anarchistischen Tendenzen Vorschub zu leisten. In Rußland aber kommt hinzu, daß die Gründe, die den russischen Liberalismus und einen Teil der Sozialdemokratie zu bedingungslosem Kriegswillen bestimmen, viel zu kompliziert sind, um den russischen Massen einzuleuchten. Diesen fehlt daher das positive Moment, das ihnen Widerstandskraft gegen zersetzende Einflüsse verleihen könnte. Und es liegt auf der Hand, daß Zustände, wie die geschilderten, eine wahre Brutstätte für revolutionäre und anarchistische Strömungen bilden müssen. Zwar die sogenannte russische „Intelligenz", die an der Revolution vor elf Jahren einen hervorragenden Anteil hatte, ist jetzt nur für Evolution und gegen alles, was die kriegerische Kraft des Staates schwächen könnte. Aber in den breiten Massen des Volkes beginnt es stärker und stärker zu gähren. Der Sozialdemokrat Burjanow sagte schon in der Dumasitzung vom 13. Juni: „Der wirtschaftliche Verfall, der im Lande wütet, verstärkt sich mit jedem Tage. Die Verarmung der breiten Massen schreitet mit schnellen Schritten vorwärts und die Unzufriedenheit wächst." Der Sozialdemokrat Skobelew, der es ebenfalls wissen muß, erklärte in der Duma am 18. Juni: „Die Streikbewegung der Arbeiter beginnt in breiter Welle über ganz Rußland hinzurollen."

Aber es ist nicht nötig, sich auf private Nachrichten und die Aeußerungen sozialistischer Abgeordneter zu berufen. Obgleich die Zensur natürlich streng darüber zu wachen sucht, daß nichts derartiges in die Zeitungen dringt, findet doch, wer die russische Presse aufmerksam verfolgt, in den letzten Monaten so viele deutliche Anzeichen der wachsenden Unzufriedenheit, daß nur ein geringer Teil davon hier angeführt werden kann.

Nachrichten über die Streikbewegung werden natürlich unterdrückt. Aber selbst wenn in der Duma nicht davon die Rede gewesen wäre, müßte man ihr bedrohliches Anwachsen aus der besonderen Eilfertigkeit schließen, mit dem das „Zentrale Kriegsindustrie-Komitee" jetzt die Begründung von Einigungskammern zwischen Arbeitern und Unternehmern betreibt. Dies Komitee ist keine amtliche, sondern eine soziale Organisation von größter Bedeutung, die sich jetzt schon über ganz Rußland erstreckt und zur Förderung der kriegerischen Aufgaben des Reichs ins Leben gerufen wurde. Das Komitee hat natürlich Vertrauen zur Organisation der sozialen Kräfte, also auch der Arbeiter, und fordert die Einigungskammern als ein Mittel, die Streikbewegung einzuschränken. Aber diese Einrichtung kann weder im Wege der Verwaltung, noch der Gesetzgebung ins Leben gerufen werden. Denn die Regierung weigert sich, weil sie weit pessimistischer in bezug auf die Arbeiterschaft ist als das Komitee. Die Regierung hat schon bisher die Rolle, die den Arbeitergruppen im Kriegsindustriekomitee zufällt, mit dem größten Mißtrauen beobachtet, sieht in ihnen eine Art revolutionärer Zentralstellen und fürchtet offenbar, die Gefahr noch zu vermehren, wenn sie den Arbeitern in Form der Einigungskammern eine neue Organisation gibt. Dagegen hat sich die Moskauer Abteilung des Komitees, wie die „Rjetsch" berichtet, noch am 10. August auf den Standpunkt gestellt, daß „im Interesse der Ruhe die Einigungskammern ihre Tätigkeit unverzüglich beginnen und sich dabei hauptsächlich auf die öffentliche Meinung stützen müssen, indem sie .... Beruhigung in die Arbeitermassen hineintragen."

Aber das Mißtrauen der Regierung richtet sich keineswegs nur gegen die Arbeitergruppen, sondern in ihrem ganzen Umfange gegen die drei gewaltigen sozialen Organisationen, die während des Krieges in Rußland entstanden sind: den allgemeinen landschaftlichen Verband, den allgemeinen städtischen Verband und das Kriegsindustriekomitee. Zwar verkennt die Regierung keineswegs die große Tragweite der Unterstützung, die sie auf allen Gebieten der Rüstung, Verpflegung und Kriegshilfe von diesen Verbänden erhalten hat. Dennoch hemmt sie deren organisatorische Tätigkeit, wo dies nur angängig ist, verbietet ihnen die Einberufung von Kongressen, und so fort. Die Gründe dafür lagen auf der Hand, sie wurden aber vollends aufgedeckt, als vor einiger Zeit, wie telegraphisch berichtet, in der Presse Nachrichten über eine Denkschrift erschienen, die, aus der nächsten Umgebung Stürmers stammend, sich mit den sozialen Organisationen befaßte. Diese wurden in der Denkschrift ohne Umschweife staatsgefährlicher Tendenzen beschuldigt: sie hätten es sich zum Ziele gesetzt, ein „höchstes, leitendes Zentrum" zu bilden, das die sozialen Kräfte des Landes auf Grund „einer gewissen Einigung und Disziplin dirigiere" mit dem „konspirativen" Zweck, eine „Staatsumwälzung herbeizuführen."

Besonders interessant war ein Passus über die Verpflegungsorganisation der genannten Verbände. Die Verbände, hieß es da (ich referiere dies aus dem Gedächtnis), hätten erkannt, daß das politische Programm des fortschrittlichen Blocks bei den Volksmassen nicht genügend Zugkraft besitze, und daß die Unzufriedenheit des Volkes daher den genannten Organisationen über den Kopf zu wachsen und einen allgemeinen Umsturz vorzubereiten drohe, der auch die sozialen Organisationen verschlingen könnte. Diese hätten daher ihre ganze Aufmerksamkeit der Verpflegung der Bevölkerung zugewandt, um durch ihre Leistungen auf diesem Gebiet ihr Ansehen beim Proletariat zu befestigen. Es sei deshalb erforderlich, daß die Regierung ihrerseits als Gegenmaßregel die Verpflegungsfrage energisch in die Hand nehme, um das Proletariat zu gewinnen und die Verbände ihres Nimbus zu entkleiden.

Dies ist nun freilich leichter gesagt als getan. Daß aber die Denkschrift keineswegs nur durch Zeitungsklatsch den Anschein der Wichtigkeit erhalten hat, sondern tatsächlich im allgemeinen die Ansichten der höchsten Regierungsstellen widergibt, ersieht man aus vielen Tatsachen der Regierung den Verbänden gegenüber. Nur ein Beispiel dafür, wie weit das geht: Das Kriegsindustriekomitee hat bisher einen außerordentlich großen Teil der gesammten Heereslieferungen übernommen und ihre Ausführung dadurch überhaupt erst ermöglicht. Dennoch beabsichtigt das Kriegsministerium jetzt, dem Komitee, um es zu schwächen, die Aufträge, so weit als irgendmöglich, zu entziehen, obgleich die Landesverteidigung dadurch gewiß eine empfindliche Einbuße erleiden wird.

Die von der Regierung subventionierte, konservative „Semschtschina" geht sogar noch beträchtlich weiter und bezichtigt die gesamte Majorität der Duma revolutionärer Absichten. Das Blatt schrieb Anfang Juli mit Bezug auf gewisse Bestimmungen des Bauerngesetzes: „Nicht die Sorge um die Bauern hat die Duma geleitet, sondern der Wunsch, die Brandstifter, Pferdediebe und Schankwirte in den Dörfern zu belassen, als die zuverlässigsten Agitatoren für den Fall neuer Wirren."

Alle diese Ansichten sind zweifellos schief und übertrieben. Der fortschrittliche Block und die großen Verbände sind von revolutionären Zielen weit entfernt. Gewiß ist es richtig, daß eine mächtige und weitverzweigte Organisation, wenn sie einmal besteht, auch zu einer Machtprobe benutzt werden kann. Aber jetzt droht die Gefahr nicht von hier, nicht von der Intelligenz, die hier die Führung hat, sondern von unten her. Die erwähnten Zeugnisse sind deshalb namentlich insofern wichtig, daß sie beweisen, wie unsicher sich die herrschenden Kreise fühlen und mit welcher Besorgnis sie auch die Stimmung des Proletariats beobachten.

Es gibt dafür noch eine Reihe anderer sicherer Anzeichen. Die Furcht, die Bevölkerung noch mehr zu erregen, waltet offenkundig in allen Maßregeln. Vor einiger Zeit wurde in der Petersburger Stadtverwaltung, in Anbetracht der allgemeinen Knappheit, über die Einführung von Lebensmittelkarten beraten. Nach den möglichst diplomatisch gefaßten Berichten war dieser Plan mit folgender Begründung abgelehnt worden: „Da man nicht dafür garantieren kann, daß die Vorräte derartiger Produkte, wie Fleisch und Zucker, stets in genügender Menge vorhanden sein werden, so ist die Einführung des Kartensystems unmöglich, ohne die Erregung von Unzufriedenheit in der Bevölkerung befürchten zu müssen." Wieder Vogelstraußpolitik. Denn daß die betreffenden Waren in völlig unzureichender Menge vorhanden waren und sind, mußte die ganze Bevölkerung ja täglich bitter fühlen. Aber man fürchtete sich, durch die Einführung der Karten dokumentarisch darzutun, wie gering die Mengen sind, die auf den einzelnen Einwohner entfallen. Das wäre neuer Agitationsstoff gewesen. Genau dasselbe hat sich auch in anderen Städten ereignet.

Scheint es nicht oft, als wenn gerade die Anekdote, die „Affäre", der russischen Politik der Gegenwart ihr unheilvolles Gepräge gibt, wie der französischen in der Zeit vor der großen Revolution, in der Zeit der Halsbandgeschichten? Ich erinnere nur an den Rschewski-Skandal, die Affären Suchomlinow und Rasputin-Kagliostro, die sämtlich in die höchste Politik des Staats hineinspielen und an Abenteuerlichkeit von keinem Roman des älteren Dumas übertroffen werden. Doch dies ist ein besonderes Kapitel.

Inzwischen erscheinen Erlasse, die in Rußland ungewöhnlich sind und auch nichts Gutes bedeuten. Der Moskauer Stadthauptmann hat seiner Polizei befohlen, „doppelte Aufmerksamkeit auf höfliche und korrekte Behandlung des Publikums zu verwenden." Hiervon soll jetzt sogar die Karriere der Beamten abhängen, zu der doch sonst mehr Schneid als Höflichkeit gehörte. Vor Tische las mans eben anders.

Auch in der Armee scheint nicht alles mehr in Ordnung zu sein. Die Militärgefängnisse sind offenbar überfüllt, denn Ende Mai wurde die Bestimmung erlassen, daß eine ganze Anzahl von Kategorien der Militärsträflinge auch in Zivilgefängnissen untergebracht werden dürfen.

Die militärischen Möglichkeiten zu beurteilen, muß ich den Spezialisten überlassen. Wenn es aber durch das Verlangen Rußlands und der Alliierten, einen Frieden diktieren zu wollen, auf den Erschöpfungskrieg ankommt, so mag das russische Reich sich vorsehen!

Freilich bin ich überzeugt, daß auch die schwerste Katastrophe, die Rußland während dieses Krieges ereilen könnte, den Fortschritt dieses zukunftsreichen Staates und Volkes nur aufhalten, nicht vernichten könnte. Gerade während des gegenwärtigen Völkerkampfes sind in Rußland in reichem Maße positive Kräfte und Resultate hervorgetreten, die dem Lande neue glänzende Möglichkeiten eröffnen, sobald es ihm gelingt, aus der gegenwärtigen Krisis hervorzugehen.

Aus der Geschichte der amtlichen Kriegsberichte.

Die amtlichen Berichte der deutschen obersten Heeresleitung sind weltgeschichtliche Urkunden, die in Gegenwart und Vergangenheit ihresgleichen suchen. Nach Form und Inhalt am nächsten kommt dem deutschen Tagesbericht, wie der abgekürzte Name lautet, sein österreichisch-ungarischer Zwillingsbruder. In weiterm Abstand folgen die gegnerischen Berichte. Auch sie suchen sich nach ihm zu formen, aber mit weniger Glück, weil ihnen die Grundbedingung schlichter Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit mangelt. Durch diese Eigenschaften hat sich der amtliche deutsche Bericht im Nachrichtenkrieg, der auf der Gegenseite vielfach in so widerwärtigen und abstoßenden Formen geführt wird, als eine ebenso blanke wie wirksame Waffe in der Hand der Deutschen erwiesen. Nicht nur als Mittel dieser neuen Methode der Kriegsführung, sondern überhaupt in der Gestalt, die er nach mancherlei Wandlungen seit Ausbruch des Krieges angenommen hat, wie auch die Berichte der übrigen Kriegführenden eine Neuerscheinung des an Neuerungen fruchtbaren Weltkrieges, bildet er als etwas geschichtlich Gewordenes den Schlußstein einer Entwicklung, die sich bis auf die Anfänge einer geregelten Kriegsführung zurückverfolgen läßt.

Das klassische Vorbild des deutschen Tagesberichts sind die Berichte des Großen Hauptquartiers aus dem deutsch-französischen Kriege. Die Kriege zwischen 1870 bis 1914 haben mit der Vermehrung und Verfeinerung der Nachrichtenmittel deren Bedeutung für das Kriegswesen vertieft, deren Nutzen und Gefährlichkeit richtig schätzen gelehrt und den Grund zu der heutigen Monopolstellung der amtlichen Berichterstattung gelegt. Die Zeit von 1870 bis Napoleon I. rückwärts erwies sich trotz der Einführung der Eisenbahnen und Telegraphen wenig fruchtbar und anregend. Die „Bulletins" Napoleons ragen als ein weithin sichtbarer Höhepunkt hervor. Ruhmredig, phrasenhaft und zuletzt, wie das berühmte Bulletin aus Smorgon nach dem Untergang der großen Armee in Rußland 1812: „S. M. der Kaiser hat sich nie besser befunden!" nicht mehr frei von Spuren des Cäsarenwahns, sind die politischen und stilistischen Kunstwerke, wie denn ihr Autor den „Bulletinismus" zu einer politischen Kunst erhoben hat, die er in den Dienst der Stimmungsmache, des „Gloire"-Bedürfnisses stellte. Wie manche möchten ihm heute das wieder nachmachen! Der Zeit der Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts und weiter zurück lagen solche Absichten fern. Die Kriegsberichte streifen den amtlichen Charakter mehr und mehr ab, verlieren sich ins Formlose, Zufällige, Ungeordnete, und erst im römischen Weltreich sehen wir sie wieder bestimmten Regeln und, dem Wesen des Militär- und Juristenstaates entsprechend, strenger Gesetzmäßigkeit unterworfen. In den hellenischen und hellenistischen Staatengebilden zeigt die Entwicklung im Gegensatz zu Rom ungebundene Freiheit und Mannigfaltigkeit der Formen. Am Anfang der Reihe stehen als Vorläufer die monumentalen bildlichen Darstellungen, in denen die Despoten des Orients ihre Kriegstaten verewigten.

Die äußern Bedingungen der militärischen Berichterstattung, die von dem Urproblem der Ueberwindung von Raum und Zeit beherrscht werden, haben sich im Laufe der Zeiten stark verändert und verschoben. Von den drei Phasen, in die äußerlich die Tätigkeit zerfällt: Abfassung des Berichtes im Felde, Uebersendung in die Heimat und Verbreitung unter der Bevölkerung, erledigt sich die dritte automatisch durch die Tagespresse mit ihren hochentwickelten Hilfsmitteln. Doch haben sich nebenher einzelne ältere Formen der Verbreitung noch erhalten, wie öffentlicher Anschlag an belebten Plätzen und fliegende Blätter (Extrablätter), Kanonenschüsse und Glockengeläute bei Siegesmeldungen, sogar die älteste und ursprüngliche Form der mündlichen Verkündigung vor versammeltem Volke. So hat noch 1870 der deutsche Botschafter in Wien der Volksmenge von den Stufen eines Portals herab die Meldung von Sedan durch Zuruf mitgeteilt. Durch die Auswüchse der Kriegspsychose im ersten Stadium des Weltkrieges ist jedoch dieses Verfahren um den Kredit gekommen. Im ganzen genommen hat die dritte Phase gegen früher die geringsten Veränderungen erfahren, um so stärker die zweite und erste, die obendrein, was die Schwierigkeiten der Ausführung betrifft, ihre Rollen getauscht haben.

Die Beförderung des Berichtes aus dem Felde in die Heimat beansprucht heute selbst auf weiteste Entfernung kaum einige Minuten. Früher erforderte dieser Akt je nach der Größe der Entfernung Tage, Wochen, ja Monate. Und das ist noch gar nicht so lange her. Die Depeschenbeförderung war bis gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf die seit den ältesten Zeiten üblichen Organe, Eilboten (Kuriere) zu Fuß, zu Pferd (Stafetten) oder zu Wagen angewiesen. Und uns erscheint der simple Telegraph heute schon als veraltetes Beförderungsmittel! Aber, höre ich fragen, telegraphiert denn nicht schon Agamemnon bei Aeschylus den Bericht vom Falle Trojas an Klytämnestra? Nein! Er telegraphiert ihn nicht, sondern signalisiert ihn von den Dardanellen nach Mykenä durch verabredete Feuerzeichen (Fanale). Außerdem verträgt die [illegible] prachtvolle Schilderung des Vorganges durch Aeschylus in den Einzelheiten (Abstand der Stationen u. a.) keine technische Nachprüfung. Immerhin war zu Aeschylus' Zeiten und lange vorher die Uebermittlung von Nachrichten auf kürzere oder längere Entfernungen durch Feuerzeichen bei Nacht, Rauchsignale bei Tag unter den meisten Völkern gebräuchlich, es konnten dadurch aber nur vorausgesehene und verabredete Mitteilungen einfachster Art ausgetauscht werden. Aber auch die Telegraphie ist eine Erfindung des Altertums. Polybius kennt und beschreibt um 150 v. Chr. eine vollkommen durchgebildete Methode der Fernübertragung alphabetischer Lautzeichen durch Fackelsignale, und von dem telegraphischen Polybius-Alphabet zum weltbeherrschenden Morse-Alphabet ist nur ein Schritt, allein es bedurfte zweier Jahrtausende, ihn zu machen, und ehe das geschah, ist praktisch nicht telegraphiert worden. Einzelne besondere Mittel, wie die ebenfalls schon dem Altertum bekannten Brieftauben, die bei den Persern, Galliern u. a. gebräuchliche Rufpost kamen ebensowenig in Betracht wie die seit der französischen Revolution bekannten optischen Telegraphen nach dem System Chappe. Der Kurier blieb der so gut wie ausschließliche Träger beschleunigter Meldungen (Depeschen).

Die alte und neuere Literatur führt vereinzelte Fälle an, daß zu Pferd oder Wagen unter günstigsten Verhältnissen bei äußerster Kraftanstrengung bis zu 40 Meilen (300 Kilometer) an einem Tage zurückgelegt wurden. Lassen wir diese leidlich verbürgten Angaben auch gelten, so können sie doch bei weitem nicht als Maßstab für die Tagesleistungen der Kuriere dienen. Diese erreichten, wenn es hoch kam, 200 Kilometer, aber nur unter der Voraussetzung guter Straßen und ständiger, jederzeit verfügbarer Einrichtungen für Pferde-, Reiter- oder Wagenwechsel in nicht zu großen Abständen auf allen Hauptstraßen. Beides finden wir unter den alten Perserkönigen und ihren hellenistischen Erben, im römischen Reiche seit Augustus (cursus publicus) und dann erst wieder unter Napoleon I. Die Taxispost hat in ihren besten Zeiten den römischen cursus publicus und den Relais-Kurierdienst Napoleons nicht erreicht. Dieser brachte es auf 200 bis 250 Kilometer täglich, so daß Napoleon in Paris auf seine Depeschen Antwort aus Mailand beispielsweise am 8., aus Neapel am 15. Tage haben konnte. Vor der Einführung des cursus publicus brachte der alte Cato eine Siegesdepesche von den Termopylen in 9 Tagen nach Rom, die Siegesmeldung von Pydna (aus der Gegend von Saloniki) brauchte nach Rom 12 Tage. Freilich liefen Gerüchte davon schon am 4. Tage um, allein wir wissen heute nur zu genau, wie solche Gerüchte entstehen. Mit Hilfe des cursus publicus brachte der freigelassene Icelus die Botschaft vom Tode Neros in sieben Tagen an Galba nach Clunia (Spanien). Das galt als eine erstaunliche Schnelligkeit, ebenso wie der Ritt des Kuriers, der mit der Meldung vom Tode des Kaisers Maximin bei der Belagerung von Aquileja am vierten Tage in Rom eintraf (täglich 25 bis 30 Meilen). In seiner heute noch lesenswerten Schrift „Das Verkehrswesen im Altertum" setzt der nachmalige „Reichspostmeister" Stephan die Depeschengeschwindigkeit im römischen Kaiserreich etwas schematisch gleich der doppelten Reisegeschwindigkeit und nimmt für Depeschen von Rom nach Konstantinopel einen Zeitverbrauch von sechs, von Konstantinopel nach Antiochia drei bis vier, von Rom nach Köln fünf Tage an. — Diese Geschwindigkeit hält W. Riepl für zu hoch gegriffen. An der Hand feststehender geschichtlicher Termini ante und post bei Tacitus und Plutarch errechnet er einen Zeitverbrauch von sieben bis acht Tagen für die Depeschen, die in der ersten Januarhälfte 69 n. Chr. über den Abfall der rheinischen Legionen und die Schilderhebung des Vitellius zwischen Köln und Rom (über Reims-Lyon) hin- und herliefen.

Die Entfernungen im römischen Kaiserreich decken sich ungefähr mit den Abmessungen des heutigen Hauptkriegstheaters (Ostende—Bagdad, Wilna—Sues). Für die vornapoleonische Zeit kamen solche Entfernungen auf dem Kontinent kaum in Betracht. Von den böhmisch-schlesischen Schlachtfeldern des Siebenjährigen Krieges gelangten Depeschen durchschnittlich am 3., spätestens am 4. Tage nach Berlin wie nach Wien. Von dem Sieg bei Minden am 1. August erhält Friedrich der Große bei Kunersdorf (nicht weit von Frankfurt an der Oder) die Meldung am 6. August. Von dem gewaltsamen Thronwechsel in Petersburg in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli 1762 erhält der russische General Tschernitschew bei Burkersdorf am 20. Juli Nachricht. Am 21. nützt der König die zutreffende Voraussetzung, daß man im österreichischen Lager davon noch keine Kenntnis haben könne, die bloße Anwesenheit der Russen noch zu einem erfolgreichen Angriff aus. Auf die kurze Entfernung von Brüssel nach London (etwa 300 Kilometer) braucht die Meldung von Waterloo drei Tage. Ein Eilbote soll vom Schlachtfeld weg unter äußerster Aufregung und Gefahr in zwei Tagen London erreicht und seine Kenntnis vom Siege Nathan Rotschild mitgeteilt haben, der diese Nachricht dann an der Londoner Börse zu einträglichen Spekulationen ausgenützt haben. Unter solchen Verhältnissen hätte der Gedanke, selbst auf geringere Entfernungen schon nach 24 oder gar 12 Stunden einen amtlichen Bericht über kriegerische Ereignisse zu erhalten, utopisch erscheinen müssen, aber auch, und das ist, wie wir noch sehen werden, eine sehr wesentliche Sache, die Gefahr, durch solche Berichte dem Gegner brauchbare Anhaltspunkte für die Anlage seiner militärischen Operationen zu liefern. Auf ganz kurze Entfernungen, wie sie für die Kriege oder vielmehr Fehden unter der deutschen oder italienischen Kleinstaaterei, in der Jugendzeit der römischen Republik, unter den altgriechischen Stadtstaaten in Betracht kamen, wurde ein amtlicher Bericht durch Zufallsboten, Flüchtlinge, Versprengte und dergleichen leicht überholt.

Hat die Uebersendung des Berichtes aus dem Felde nach Hause heute aufgehört ein Problem zu sein, das sie lange gewesen ist, so ist die erste Bedingung der Berichterstattung, nämlich die Gewinnung einer genauen Kenntnis von den Ereignissen an Ort und Stelle, die einst in der Zeit des „Feldherrnhügels" überhaupt kein Problem, sondern eine leichte und einfache Aufgabe war, in unserer Zeit der Millionenheere mit Frontenausdehnungen auf hunderte und tausende von Kilometern, der Verlegung des Hauptquartiers mehrere Tagereisen hinter die Front und wochen-, ja monatelanger Dauer taktischer Entscheidungen ein Problem für den Feldherrn geworden, und dazu noch ein überaus schwieriges, das mit den Hilfsmitteln der Zeit Moltkes oder gar Napoleons schlechthin unlösbar wäre. Der Fernsprecher, in großem Stil erstmals im russisch-japanischen Kriege angewandt, hat in Gestalt eines dichten, bis in die vordersten Gräben verästelten Leitungsnetzes in Verbindung mit einem wohldurchdachten System zweckmäßiger Arbeitsteilung der Führung die fortlaufende Uebersicht über alle Vorgänge und Verhältnisse an den einzelnen Frontabschnitten und bei allen Truppenkörpern ermöglicht. Dieser kunstvolle Präzisionsapparat, der, dem Nervensystem des menschlichen Körpers vergleichbar, von allen Gliedern des gewaltigen Heeresorganismus unaufhörlich die Meldungen nach dem Gehirn, dem Großen Hauptquartier, leitet, von wo sie, in Entschlüsse, Weisungen und Befehle umgesetzt, auf demselben Wege zurückgeleitet werden, dient selbstverständlich in erster Linie der Leitung der Operationen und Führung der Truppen. Erst in zweiter Linie, sozusagen als Ueberschußleistung, stellt er seine Tätigkeit als Berichterstattung nach außen zur Verfügung. Es bedarf dann nur eines einfachen Hebeldruckes, um ihn auf diese andere Tätigkeit umzustellen, und das geschieht täglich zu bestimmter und gewohnter Stunde. Dann laufen von der Kompagnie im Schützengraben und weiterhin von Bataillon, Regiment, Brigade, Division, Korps, Armee und Heeresgruppe die Einzelmeldungen als Unterlagen für den Bericht mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks im Großen Hauptquartier zusammen, wobei von Stufe zu Stufe aufwärts immer mehr Einzelheiten fallen gelassen werden, bis zuletzt, nach siebenfacher Durchsiebung nur ein knappes Inhaltsverzeichnis übrigbleibt. Die fallen gelassenen Einzelheiten — sie würden täglich ein starkes Buch und seit Ausbruch des Krieges schon eine ansehnliche Bibliothek füllen — gehen übrigens nicht verloren; sie werden einst für die Geschichte des Krieges neben den von den Tagebüchern des Großen Hauptquartiers gelieferten schweren Bausteinen das kleine Baumaterial liefern.

Mit der geschilderten Präzision, von vorübergehenden Teilstörungen abgesehen, arbeitet der Apparat nur im Stellungskrieg, in dem übrigens dem Fernsprecher trotz seiner vielfachen Vorzüge wegen gewisser Nachteile (Mithören durch Unbefugte, Mangel an bleibenden Belegen) neuestens das Feld von verbesserten Formen des Telegraphen schon wieder streitig gemacht wird. Den Anforderungen des Bewegungskriegs vermag er nicht mit gleicher Präzision nachzukommen. Diese Feststellung verdanken wir schon dem amtlichen Bericht über die erste große Feldschlacht zwischen Metz und den Vogesen am 20. und 21. August 1914, der nur eine Rohbilanz des Ergebnisses zieht und die aus der Weiträumlichkeit des Schauplatzes entspringenden Schwierigkeiten sehr klar durch einen Vergleich mit den Kämpfen um Gravelotte hervorhebt. Nebenbei bemerkt, übersah man am Abend des 18. August 1870 im Großen Hauptquartier auch noch nicht die entscheidende Wendung auf dem linken Flügel bei St. Privat. Mit dem Anwachsen der Heeresmassen hatten sich eben die Schwierigkeiten der Uebersicht schon früher in verstärktem Maße geltend gemacht. Aehnlich verhielt es sich in der Entscheidungsschlacht zwischen Republik und Monarchie im alten Rom bei Philippi, wo ebenfalls Massenheere miteinander kämpften. Auch sonst sind die Fälle nicht selten, wo man am Abschluß des Kampfes über dessen Ergebnis noch im Zweifel war, sei es wegen frühzeitigen Anbruchs der Nacht (Preußisch-Eylau, 1807), wegen Unübersichtlichkeit des Geländes (Torgau, 1760) oder sonstiger Umstände (Pulverdampf oder dergleichen). Die „Leere des Schlachtfeldes" ist eben auch eine neue Erscheinung.

Die vollkomene Organisation des Meldedienstes, die Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit, mit der er, einmal auf ein bestimmtes Ziel eingestellt, von selbst arbeitet, legte an sich schon den Gedanken nahe, täglich zu bestimmter Stunde einen Bericht auszugeben, wozu sich unsere Heeresleitung noch im 1. Vierteljahr des Krieges entschloß. Dazu kommt, daß in diesem Kriege so ziemlich an allen 365 Tagen des Jahres gekämpft wird, und daß auf beiden Seiten das ganze wehrfähige Volk unter Waffen steht. Die Franzosen berichten sogar täglich zweimal. Andere, wie die Bulgaren, halten noch an dem alten Brauche fest, nur von Fall zu Fall über wichtige Vorkommnisse zu berichten. Wie das noch vor 50 Jahren die Regel war, ersieht man am besten aus der heute fast archaistisch anmutenden Frage: „Hat eine Schlacht stattgefunden?", die Kaiser Franz Josef dem ablehnenden Bescheid auf Benedeks dringende Vorstellungen, in Nordböhmen keine Entscheidung anzunehmen, am Schlusse beifügte. Sonst wird auch das ältere Verfahren, in größern Zeitabständen, nach Abschluß einer Reihe von zusammenhängenden Operationen, oder auch wohl eines ganzen Feldzuges zusammenfassend zu berichten, als Ergänzung zu den Tagesberichten, noch beibehalten. Der deutschen Heeresleitung verdanken wir schon eine Reihe solcher zusammenfassender Darstellungen. Wo diese Sammelberichte an die Stelle der Tagesberichte treten, wie bei den Kämpfen in den Kolonien, geschieht es aus besondern zwingenden Gründen.

Eine weitere Folge der geschilderten Organisation des Meldedienstes besteht darin, daß jeder Bericht über die Ereignisse an der Gesamtfront oder auch langer Dauer taktischer Entscheidungen zwangsläufig auf den einen und einzigen Weg, über das Große Hauptquartier, verwiesen ist. Es ist daher auch nicht recht denkbar, daß der amtliche Bericht durch irgendeinen andern überholt werden könnte. Die wenigen Fälle, wo dieses scheinbar doch geschah, als z. B. nach der entscheidenden Wendung am Dunajetz lange vor Ausgabe des amtlichen Berichts sich in Berlin die Häuser beflaggten, oder die Wiedereinnahme von Przemysl aus München früher gemeldet würde als durch den Tagesbericht, sind darauf zurückzuführen, daß aus den bereits vorliegenden amtlichen Berichten etwas bekannt wurde, ehe die öffentliche Ausgabe der Berichte erfolgte. Das Hauptquartier liefert nämlich nicht bloß die für die Oeffentlichkeit bestimmten Berichte, mit denen allein wir uns hier beschäftigen, sondern noch verschiedene andere, fast durchweg vertrauliche Berichte an den Herrscher, in Deutschland auch an die Bundesfürsten, an bestimmte Amtsstellen, an die Verbündeten u. a.

Norwegen im Weltkriege.

Christiania, 28. September.

Ein hoher norwegischer aktiver Diplomat gewährte mir eine einstündige Unterredung. Im Hinblick auf die Stellung dieses Staatsmannes ist es unzulässig, seinen Namen der Oeffentlichkeit preiszugeben. Mit dieser Einschränkung wurde mir erlaubt, die nachfolgenden Aeußerungen des Diplomaten der deutschen Oeffentlichkeit zu übergeben.

Von der Ministerberatung in Christiania ausgehend, äußerte sich der Staatsmann:

„Es dürfte aller Welt klar sein, daß die letzte offizielle Kundgebung der skandinavischen Minister an Ausführlichkeit und Gewichtigkeit die Kundgebungen, die den beiden ersten Konferenzen folgten, bei weitem übertrifft. Worauf es ankommt, ist der unerschütterliche Wille Skandinaviens, nach allen Seiten hin loyale, unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten. Gewiß gibt es rein schwedische, wie rein dänische Fragen; eine solche ist zum Beispiel der Notenwechsel zwischen Schweden und den Ententemächten über die Kogrund-Rinne; aber es ist klar, daß Spezialfragen eines skandinavischen Staates bei ihrer Lösung skandinavische Fragen werden können. Die skandinavischen Regierungen arbeiten in allen Angelegenheiten, die im Zusammenhange mit der Sicherheit Skandinaviens nach außen hin stehen oder stehen können, einheitlich zusammen. Dieses immer engere Zusammenarbeiten hat sicherlich die Stellung der drei skandinavischen Staaten in der Welt wesentlich gestärkt. Wir sind überzeugt, daß dieses Zusammenarbeiten sich immer enger gestalten und daß unsere Stellung immer stärker werden wird.

Wie die jüngste offizielle Kundgebung besagt, beschäftigten sich die skandinavischen Minister auch eingehend mit den Fragen, die erst nach dem Kriegsende Wirklichkeit erlangen dürften, mit Fragen handelspolitischer Natur. Es ist der feste Wille der drei skandinavischen Regierungen, in allen Dingen nach außen hin auch nach dem Kriege absolut freie Hände zu behalten. Wir wollen uns nach keiner Richtung hin festlegen. Das Gegenteil würde die skandinavischen Interessen schädigen.

Was insbesondere Norwegens Verhältnis zu Deutschland betrifft, so gibt es zwischen den beiden Ländern keine Reibungspunkte. Die Unklarheiten, die sich Ihrer Ansicht nach anläßlich gewisser norwegischer Ausfuhrverbote in unseren handelspolitischen Beziehungen mit Deutschland gezeigt haben, werden, so hoffe ich, geklärt werden können. Norwegen befindet sich in keiner leichten Stellung. Von einem bösen Willen Norwegens gegenüber Deutschland kann keine Rede sein.

Was die Stelle in der offiziellen Kundgebung betrifft die von der Vernichtung oder Zurückhaltung neutraler Schiffe und Ladungen handelt, so besteht, wie Sie richtig betont haben, der Artikel des norwegischen offiziösen Blattes „Intelligenssedler" zu Recht, in dem dieses Blatt kurz vor Zusammentritt der Ministerkonferenz in einer Polemik gegen ein anderes norwegisches Blatt energisch dagegen Einspruch erhob, daß man norwegischerseits die Versenkung norwegischer Schiffe mit Bannwaren durch deutsche Tauchboote als feindliche Handlung betrachte. Denn man weiß hier, daß die Versenkungen deutscherseits nur vorgenommen werden, um die Bannwarenzufuhr zu den Gegnern Deutschlands zu verhindern. Die norwegische Regierung teilt den Standpunkt der „Intelligenssedler". Niemand hat das Recht, Deutschland wegen derartiger Versenkungen einer feindlichen Handlung gegen Norwegen zu beschuldigen. Es wird Ihnen in Deutschland verständlich sein, daß diese Versenkungen das norwegische Volk schmerzlich berühren müssen. Das Leben norwegischer Seeleute wird dabei großen Gefahren ausgesetzt; ihre Angehörigen schweben manchmal Tage und Wochen lang in Todesangst um ihre Väter, Brüder und Söhne auf dem Meere. Daß, wenn auch nicht mehr in letzter Zeit, Norweger durch Versenkungen ums Leben gekommen sind, wissen Sie ebenfalls. Die Meldung von einem versenkten Schiffe muß daher viel tieferen Eindruck auf das norwegische Volk machen, als die Zurückhaltung norwegischer Einfuhrwaren selbst von vielen Millionen Werten und die Behinderung des norwegischen Uebersee-Importes.

In Wirklichkeit erkennt die norwegische Regierung also an, daß deutsche „U"-Boote bei der Versenkung neutraler Schiffe, die sich in Bannwarenfahrt befinden, in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht handeln. Allerdings hat man deutscherseits die Ausnahme zur Regel gemacht, denn nach dem Haager Uebereinkommen war wohl die Vernichtung aufgebrachter Prisen als Ausnahmefall anzusehen. An „U"-Boote dachte man damals eben nicht. Ich sehe ein, daß dieser „U"-Bootkrieg für die Deutschen eine Pflicht härtester Notwendigkeit sein muß.

Ihre Ansicht, daß die in Norwegen herrschende Teuerung ihre eigentliche Ursache nicht in der norwegischen Ausfuhr nach Deutschland habe, ist richtig. Was in Norwegen zu der Teuerung in erster Linie geführt hat, ist die maßlose Preissteigerung für Mehl, Korn, Kolonialwaren, Kohle, Koks und ähnliches, also Dinge, die wir überhaupt nicht nach Deutschland senden, sowie die hohen Schiffsfrachten.

Aeußerungen, wie sie der Odelsthing-Präsident Castberg anläßlich seines Besuches in Frankreich getan haben soll, muß natürlich jedes verantwortliche Mitglied der norwegischen Regierung entschieden zurückweisen, was ja auch mit aller Deutlichkeit in dem heutigen Leitartikel der „Intelligenssedler" (siehe unten) ausgesprochen ist. Solche einseitige parteiische Aeußerungen stehen im schärfsten Gegensatz zu der Auffassung der norwegischen Regierung, die alles in allem nur ein Ziel kennt: mit den beiden anderen skandinavischen Staaten zusammenzustehen und unverbrüchlich eine ehrliche, loyale, unparteiische Neutralitätspolitik zu beobachten zum Nutzen und zur Stärkung ganz Skandinaviens. Dieser unser gemeinsamer Wille wird von ganz Europa, davon sind wir überzeugt, in immer höherem Maße respektiert.

Dieser Krieg um uns hat ein einiges Skandinavien geschaffen, Einigkeit hat immer stark und stärker gemacht, und das einige Skandinavien läßt sich nicht aus der Neutralität hinausdrängen. Diese Erkenntnis muß sich jedem aufzwingen, der die gemeinsame Kundgebung der letzten nordischen Ministerkonferenz so verstanden hat, wie sie verstanden sein will."

Niels Hoyer.

*

Christiania, 27. September.

Die der Regierung nahestehende Zeitung „Intelligenssedler" tadelt in einer offiziösen Auslassung aufs schärfste das neutralitätswidrige Auftreten des Odelsthing-Präsidenten Castberg in Frankreich und seine skandalösen Aeußerungen im „Temps". Das Blatt stellt fest, daß Castbergs Auftreten mit Recht Aufsehen und Bedauern hervorgerufen hat. Er sei allerdings als Privatperson nach Frankreich gereist, aber es sei nicht zu umgehen gewesen, daß er gemäß seiner Stellung und seinem Auftreten in Frankreich durchaus nicht als Privatmann angesehen werden würde, was er selbst gewußt haben müßte und auch wußte. Castberg hätte deshalb die Pflicht gehabt, seinem Lande gegenüber Rücksicht und Diskretion zu üben. Er selbst habe um eine Audienz beim französischen Präsidenten und beim Ministerpräsidenten nachgesucht und auch erhalten. Stimme das Telegramm des „Temps" über seine dort gemachten Aeußerungen, so müsse sein Auftreten in Norwegen lebhaft bedauert werden, denn Norwegens äußere Politik während des Krieges sei loyal, unparteiisch und neutral, und solle es bleiben. Die Gerechtigkeit verlange jedoch, daß erst die Richtigkeit des Telegramms geprüft und Castberg nach seiner Rückkehr angehört werde, bevor ein endgültiges Urteil über sein Auftreten gefällt werde.

Johann Heß, der Breslauer Reformator.

Seit längerem schon wurde in Breslau die Errichtung eines Denkmals für Johann Heß, den ersten evangelischen Geistlichen in Schlesien, beabsichtigt. Ursprünglich war dafür die 400. Wiederkehr des Reformationsfestes im Jahre 1917 in Aussicht genommen. Es sollte an der Breslauer Maria-Magdalenenkirche, an welcher Johann Heß seit 1523 als Prediger der Reformation wirkte, ein Standbild errichtet werden. Nunmehr aber hat man sich entschlossen, von der Aufstellung einer Statue Abstand zu nehmen. Statt dessen soll ein Relief hergestellt werden, das dem Breslauer Bildhauer Paul Schulz zur Ausführung übertragen worden ist. Es wird an der östlichen Außenseite der Maria-Magdalenenkirche angebracht werden.

Johann Heß, der 1490 in Nürnberg geboren wurde, weilte schon als Dreiundzwanzigjähriger bei dem Bischof Johann Turzo als Sekretär in Breslau. Später wirkte er als Hofprediger des Herzogs von Oels im evangelischen Geiste. Seit seinem Amtsantritt in Breslau als Prediger (1523) gewann die Reformation in Breslau immer mehr an Boden. Er schloß sich auf's Engste an Luther und Melanchthon an. In Breslau machte sich Heß vor allem um das Schul- und Bildungswesen, sowie die Unterstützung der Armen und Kranken verdient. Seine Schöpfung ist das heute noch bestehende Allerheiligen-Hospital in Breslau. Er starb im Jahre 1547.